

OTTO VON GIERKE

Deutsches Privatrecht

Erster Band

Allgemeiner Teil und Personenrecht

Dritte Auflage

(Unveränderter Nachdruck der zweiten Auflage von 1936)



Duncker & Humblot · Berlin

OTTO VON GIERKE

Deutsches Privatrecht
Erster Band: Allgemeiner Teil und Personenrecht

Systematisches Handbuch der **Deutschen Rechtswissenschaft**

Unter Mitwirkung

der Professoren Dr. Heinrich Brunner †, Dr. Victor Ehrenberg †, Dr. Hans Albrecht Fischer in Breslau, Dr. Heinrich Gerland in Jena, Dr. Otto von Gierke †, Dr. Julius Glaser †, Dr. C. S. Grünhut †, Dr. Albert Haenel †, Dr. Andreas Heusler †, Dr. Ernst Heymann in Berlin, Dr. Hermann Kantorowicz, früher in Freiburg i. B., Dr. Erich Kaufmann, früher in Berlin, Dr. Paul Krüger †, Dr. Franz Leonhard in Marburg, Dr. Eugen Locher in Erlangen, Dr. Otto Mayer †, Dr. Ludwig Mitteis †, Dr. Theodor Mommsen †, Dr. Johannes Nagler in Breslau, Dr. Friedrich Oetker in Würzburg, Dr. Hans Oppikofer in Leipzig, Dr. Max Pappenheim †, Dr. F. Regelsberger †, Dr. August Schoetensack in Würzburg, Dr. Claudius Frhr. v. Schwerin in München, Dr. Lothar Seuffert †, Dr. Rudolph Sohm †, Dr. Emil Strohal †, Dr. Heinrich Triepel in Berlin, Dr. Andreas von Tuhr †, Dr. Adolf Wach †, Dr. Rudolf Wagner †, Dr. Leopold Wenger in Wien, Dr. Karl Wieland in Basel

begründet von

Karl Binding

herausgegeben von

Dr. Friedrich Oetker

Professor in Würzburg

Zweite Abteilung, dritter Teil, erster Band:

Otto Gierke, Deutsches Privatrecht. Erster Band

OTTO VON GIERKE

Deutsches Privatrecht

Erster Band

Allgemeiner Teil und Personenrecht

Dritte Auflage

(Unveränderter Nachdruck der zweiten Auflage von 1936)



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 1895

2. Auflage 1936

Alle Rechte vorbehalten

© 2010 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISBN 978-3-428-13422-9

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort.

Die Aufforderung des Freundes, der dieses Handbuch herausgibt, gab mir den Anstofs, meine noch unvollendete rechtsgeschichtliche Arbeit auf dem Felde des deutschen Genossenschaftsrechts zu unterbrechen, um ein deutsches Privatrecht zu schreiben. Diesen Entschluß zu rechtfertigen, soll der hiermit veröffentlichte erste Band versuchen.

Zum Mindesten wird man aus ihm herausfühlen, was mich von innen her willfährig stimmte. Mir schien, als habe die Wissenschaft des deutschen Privatrechts sich über der Vertiefung in den wunderbaren Reichthum unserer Vorzeit neuerdings in etwas an den Aufgaben versäumt, die ihr das rasch vorwärts eilende Leben der Gegenwart stellt. Das deutsche Recht ist nicht todt. Es lebt mitten unter uns; es webt und wirkt, obschon oft mißkannt, in unserem täglichen Thun; es bietet in der Gährung unserer Zeit den festen Grund, auf dem unser Volk stehen muß, wenn es eine Gesundung seiner wirthschaftlichen Verhältnisse erringen und sich selbst in sittlicher und sozialer Wiedergeburt verjüngen will. Von diesem Allen aber sehen noch immer die meisten Juristen wenig oder nichts. Kraft langer Gewöhnung ist ihnen das vaterländische Recht fremder als das fremde Recht. Und weil die Juristen das Rechtsleben beherrschen, trägt das deutsche Recht noch immer nicht die Krone, die ihm gebührt. Noch immer gilt es dem Richter und leider auch dem Gesetzgeber als die dienende Magd, die der römischen Königin Gefolgschaft zu leisten und auch ihr ureignes Gut zu Lehen aufzutragen hat. So will denn auch die Kluft sich nicht schliessen, die seit der Aufnahme der fremden Rechte zwischen unserem Volke und seiner Rechtsordnung gähnt. Hierin Wandel zu schaffen, hat nun freilich die germanistische Rechtswissenschaft sich seit ihrem Bestande redlich bemüht. Aber noch ist sie weit vom Ziel. Will sie ihm näher kommen, so darf sie nicht

rasten; sie muß mit der zähen Beharrlichkeit, mit der sie unter dem Schutte der Jahrhunderte das einstige Leben des deutschen Rechtes aufzudecken wußte und weiß, auch unter dem Wirrsal der Gegenwart sein heutiges Leben aufspüren und darlegen. Nicht bloß ehrwürdige Trümmerstücke muß sie sammeln, sondern dem ungebrochenen deutschen Rechtsgedanken muß sie nachgehen, im innersten Kerne des geltenden Rechtes muß sie ihn suchen, die Kraft und Fülle seiner schöpferischen Wirksamkeit muß sie enthüllen. Gleichzeitig muß sie unablässig danach ringen, das Gold, das sie aus der Tiefe fördert, immer klarer und schärfer in juristischer Begriffsmünze auszuprägen. Wenig vermag einer so gewaltigen Aufgabe gegenüber des Einzelnen schwache Kraft. Jede Arbeit aber, die auch nur ein Geringes zu ihrer Lösung beiträgt, ist nicht umsonst gethan. Denn in dem Maße, in dem es gelingt, das deutsche Recht als lebendig zu erweisen, wird ihm auch die Zukunft gesichert werden. Dem Blicke, dem sich das Walten der germanischen Rechtsidee im heutigen Rechte erschließt, muß sich auch ihr unvergleichlicher Werth für die Weiterbildung unseres Rechtes im Geiste einer heilsamen sozialen Ordnung entschleiern.

Aber ist es nicht zu spät? Wird nicht bald auch die Darstellung des heute noch lebendigen deutschen Privatrechts nur noch geschichtliche Bedeutung haben? Und wenn uns wie ein unabwendbares Schicksal in Kürze doch ein deutsches Gesetzbuch übermannen sollte, das mehr römisch als deutsch ist, — wozu dann noch der Kampf für germanisches Recht? Gewiß! Unser Volksthum hätte eine neue Niederlage auf dem Rechtsgebiete zu verzeichnen. Ja, wer will sagen, welches Verhängniß für die friedliche Lösung der unser Volksleben im Innersten erregenden Fragen sich an die Einführung eines neuen Privatrechtes knüpfen könnte, das, wenn es nicht deutsch ist, auch nicht sozial sein kann. Folgte doch einst der Rezeption des volkswidrigen Rechtes der im großen Bauernkriege gipfelnde Versuch einer sozialen Revolution! Doch was immer uns bevorstehen mag: nur Kleinmuth giebt den Kampf für hohe Güter auf, weil eine Schlacht verloren gieng oder weil die Hoffnung des Sieges nur in weiter Ferne winkt. Der Kampf für deutsches Recht kann und wird nicht ruhen, so lange es ein deutsches Volk giebt. Hat das Corpus juris das deutsche Recht nicht zu ertöden vermocht, so wird auch ein bürgerliches Gesetzbuch es nicht tödtlich verwunden können. Wie vieles kerndeutsche Recht wird außerhalb seines Paragraphengeheges lebendig bleiben, wie zahlreiche deutsche Gedankenelemente muß es trotz Allem in seinem eignen Bereiche fortpflanzen! Die Aufgabe der germanisti-

schen Rechtswissenschaft wird somit durch kein wie immer beschaffenes Zukunftsrecht erledigt werden. Stets wird sie berufen bleiben, das jeweilig geltende Recht mit dem unverlierbaren nationalen Rechtsgedanken in Verbindung zu setzen. Und niemals wird sie aufhören dürfen, daran zu arbeiten, daß unser Recht, wo es nicht deutsch ist, deutsch werde.

Um so weniger wird zur Stunde, da die Zukunftsfrage noch schwebt, ein erneuter Versuch der Darstellung des deutschen Privatrechts als unzeitgemäß verworfen werden können. Dringender vielmehr als je ergeht an uns die Mahnung, daß wir uns dessen, was wir an deutschem Rechte wirklich besitzen, voll bewußt werden. Auf daß wir das Erbe unserer Väter mehren und nicht mindern!

Weihnachten 1894.

O. Gierke.

Inhaltsverzeichnis.

(Die in Klammer beigefügten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

Erstes Buch.

Allgemeiner Theil.

Erster Abschnitt.

Einleitung.

Erstes Kapitel.

Geschichte des deutschen Privatrechts.

	Seite
§ 1. Die Zeit der rein nationalen Rechtsbildung. I. Urzeit (3). II. Fränkische Zeit (4). 1. Stammesrechte (4). 2. Reichsrecht (4). III. Zeit des deutschen Mittelalters (5). 1. Gemeines deutsches Recht (5). 2. Stammesrechte (6). 3. Rechtsbildung engerer Kreise (6). IV. Verfall des nationalen Rechts (7)	3
§ 2. Die Aufnahme der fremden Rechte. I. Die Aufnahme des römischen Rechts (8). 1. Vorgeschichte (8). 2. Wesen (9). 3. Mittel und Wege (10). 4. Innere Gründe (12). 5. Kampf und Entscheidung (14). II. Die Aufnahme des kanonischen Rechts (14). III. Die Aufnahme des langobardischen Lehnrechts (15)	8
§ 3. Die neuere Zeit. I. Die nächsten Jahrhunderte nach der Rezeption (15). 1. Fortschritt der fremden Rechte (15). 2. Fortbestand des deutschen Privatrechts (17). a. Usus modernus (17). b. Partikularrechte (17). c. Volksthümliche Satzungen und Gebräuche (19). 3. Verhältniß zwischen fremdem und deutschem Recht (19). II. Die Wiedererstehung des deutschen Rechts im 18. Jahrhundert (20). 1. Die germanistische Rechtswissenschaft (20). 2. Das Naturrecht (21). 3. Die großen Gesetzbücher (21). III. Die Entwicklung des 19. Jahrhunderts (22). 1. Das Ziel der Rechtseinheit (22). 2. Das Ziel des Deutschthums im Recht (23).	15

Zweites Kapitel.

Begriff und Bedeutung des deutschen Privatrechts.

§ 4. Privatrecht und öffentliches Recht. I. Begriffliches (26). II. Geschichtliche Ausgestaltung (27). 1. Römische (27). 2. Germanische (28). 3. Moderne (29). III. Abgrenzung (31)	26
--	----

	Seite
§ 5. Deutsches und fremdes Recht. I. Begriffliches (33). 1. Deutschrechtliche Institute (34). 2. Deutschrechtliche Abwandlungen römischrechtlicher Institute (36). 3. Römischrechtliche Institute (36). II. Unmittelbare Geltung des römischen Rechts (37). 1. Nicht in complexu (37). 2. Mit Abwandlungen (39). 3. Subsidiär (39). III. Mittelbare Geltung des römischen Rechts (40). 1. Bedeutung für die neueren Gesetzbücher und Gesetze (40). 2. Bedeutung für die wissenschaftliche Behandlung alles Rechts (40)	33
§ 6. Gemeines und nicht gemeines Recht. I. Begriffliches (43). 1. Gemeines und besonderes Recht (43). 2. Gemeinsames und eigenthümliches Recht (45). 3. Gemeines und partikuläres Recht (45). II. Rechtszustand im deutschen Reich (48). 1. Reichsprivatrecht (48). 2. Gemeines deutsches Privatrecht im älteren Sinne (48). 3. Gemeines Privatrecht mehrerer deutscher Länder (49). 4. Landesprivatrecht (49). 5. Ergebniss für die einzelnen Staatsgebiete (50). III. Aufgabe des deutschen Privatrechts (51). 1. Gemeines bürgerliches Recht und Sonderrechte (51). 2. Gemeinsames und eigenthümliches Recht (51). 3. Gemeines und partikuläres Recht (51). a. Reichsprivatrecht (51). b. Gemeines deutsches Privatrecht im älteren Sinne (51). c. Einheit des deutschen Rechtsgedankens in den Partikularrechten (53)	43

Drittes Kapitel.

Quellen, Hülfsmittel und Litteratur des deutschen Privatrechts.

§ 7. Quellen des gemeinen deutschen Privatrechts. I. Gemeindeutsche Gewohnheiten (54). II. Gemeindeutsche Gesetze (54). 1. Gesetze des alten Reichs (54). 2. Gesetze aus der Zeit des deutschen Bundes (55). 3. Gesetze des norddeutschen Bundes (56). 4. Gesetze des neuen Deutschen Reichs (57). 5. Der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich (58)	54
§ 8. Historische Rechtsdenkmäler. Ueberhaupt (60). I. Die Rechtsquellen der fränkischen Zeit (61). II. Die meisten Rechtsquellen des deutschen Mittelalters (61). III. Viele Rechtsquellen der späteren Zeit (62)	60
§ 9. Die deutschen Partikularrechte. I. Partikularrechtskodifikationen mit Anerkennung des gemeinen Rechts als Hülfrecht (63). A. Stadtrechte (63). 1. Nürnberg (64). 2. Worms (64). 3. Frankfurt a. M. (64). 4. Freiburg i. B. (64). 5. Lüneburg (64). 6. Lübeck (64). 7. Hamburg (65). 8. Fortbestehende mittelalterliche Stadtrechte (65). 9. Kleinere Statutarrechte (65). B. Landrechte (66). 1. Baden (67). 2. Ostfriesland (67). 3. Mark Brandenburg (67). 4. Tirol (67). 5. Kurköln (67). 6. Jülich und Berg (67). 7. Württemberg (68). 8. Dithmarschen (68). 9. Solms (68). 10. Kursachsen (68). 11. Kurpfalz (69). 12. Catzenelnbogen (69). 13. Schaumburg (69). 14. Nassau (69). 15. Würzburg (69). 16. Kurtrier (69). 17. Magdeburg (70). 18. Hohenlohe (70). 19. Kurmainz (70). 20. Bamberg (70). 21. Ordensland Preussen (70). 22. Bayern (70). 23. Kleinere Landrechte (71). II. Die das gemeine Recht ausschließenden Gesetzbücher (72). 1. Das preufsi-	

(Die in Klammer beigefügten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

	Seite
sche Landrecht (72). 2. Das österreichische Gesetzbuch (74). 3. Das französische Gesetzbuch (76). 4. Das badische Landrecht (77). 5. Das sächsische Gesetzbuch (77). 6. Entwürfe (78). III. Einzelgesetze (78).	63
§ 10. Verwandte Rechte. I. Im Allgemeinen (79). 1. Abstammung aus gleicher Wurzel (79). 2. Gemeinschaft des Kulturlebens (80). II. Einzelne verwandte Rechte (81). 1. Das Recht der Schweiz (81). 2. Baltisches Recht (82). 3. Französisches Recht (82). 4. Englisches Recht (82).	79
§ 11. Litteratur. I. Nationale Rechtsbücher (83). II. Populäre Schriften über fremdes Recht (83). III. Gelehrte romanistische Litteratur (84). 1. Die auf Entscheidung praktischer Rechtsfälle gerichteten Arbeiten (84). 2. Die dogmatischen Arbeiten (86). IV. Selbständige Darstellungen des deutschen Privatrechts (89). V. Sammelwerke zum deutschen Privatrecht (95). VI. Litteratur der Partikularrechte (98). VII. Litteratur der verwandten Rechte (103)	83
§ 12. Hilfswissenschaften. I. Geschichtswissenschaften (105). II. Rechtswissenschaften (105). III. Gesellschaftswissenschaften (106)	105

**Viertes Kapitel.
System und Methode.**

§ 13. System. Erforderliche Erweiterungen des Pandektensystems (107). Zweckmäßige Ausscheidung von Sonderrechtsgebieten (108)	107
§ 14. Methode. Einbeziehung der deutschen Partikularrechte (110). Aufnahme von Rechtsgeschichtlichem (110)	110

**Zweiter Abschnitt.
Das objektive Recht.**

**Erstes Kapitel.
Das objektive Recht überhaupt.**

§ 15. Begriff und Wesen des objektiven Rechts. I. Begriff. Objektives und subjektives Recht (112). Definition (113). II. Wesen. 1. Das Recht als Inbegriff von Normen (113). 2. Normen, die das Wollen in unbedingter Weise bestimmen (113). Recht und Sitte (113). Das Zwangsmoment (114). 3. Normen, die das Wollen äußerlich bestimmen (114). Recht und Sittlichkeit (115). 4. Normen für freies Wollen (115). Rechtsgesetze, Naturgesetze, soziale und wirtschaftliche Gesetze (115). 5. Das Recht wurzelt in Ueberzeugung (116). Willensinhalt der Rechtssätze (116). Recht und Macht (116). 6. Die Ueberzeugung muß erklärt sein (117). Der Rechtsbefehl (117). Recht und Staat (118). 7. Das Recht als erklärte Ueberzeugung einer Gemeinschaft (119). 8. Das Recht als spezifische Funktion des menschlichen Gemeinlebens (120). Die Idee des Gerechten (120). Der Zweck im Recht (121). 9. Der Zusammenhang des Rechts mit den übrigen Funktionen des Gemeinlebens (122)	112
§ 16. Die Elemente des objektiven Rechts. I. Rechtssätze (123). 1. Abstrakte und konkrete (123). 2. Gewährende, verpflichtende und deutende (124). 3. Zwingende und nachgiebige (124). II. Rechtsinstitute (124). III. Rechtssystem (125)	123

(Die in Klammer beigefügten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

Zweites Kapitel.

Das Werden des objektiven Rechts.

- § 17. Die Rechtserzeugung überhaupt. Begriff und Wesen der Rechtserzeugung (125). Ungesetztes und gesetztes Recht (126). Weitere Differenzirung der Rechtsquellen (127) 125
- § 18. Das Gesetz. I. Begriff (128). Formeller und materieller Gesetzesbegriff (129). II. Erfordernisse (131). 1. Gesetzesbildung (131). 2. Gesetzesausspruch (131). Verkündigungsformen (132). III. Kraft (133). 1. Zeitpunkt ihres Eintritts (133). 2. Verbindlichkeit für Jedermann (134). IV. Anwendung (135). Richterliche Prüfung: 1. Der gehörigen Verkündigung (135). 2. Des gehörigen Zustandekommens (136). V. Auslegung (139). Gesetzesmaterialien (140). Auslegung durch Rechtsatz (141). Analogie (141) 128
- § 19. Die autonomische Satzung. I. Begriff. 1. Erzeugniß eines Verbandes (142). 2. Eines Verbandes, der nicht Staat ist (142). 3. Objektives Recht (143). 4. Gesetztes Recht (143). II. Geschichte (144). Mittelalterliche Auffassung (144). Lehre von den Statuta (144). Grenzziehung zwischen Partikulargesetz und Satzung (145). Kampf gegen die Autonomie (145). Neueste Entwicklung (147). III. Subjekte (148). 1. Die Familien des hohen Adels (148). 2. Die Gemeinden (149). 3. Die Kirchen (150). 4. Die sonstigen öffentlichen Körperschaften (150). 5. Die privaten Körperschaften (150). IV. Umfang (151). 1. Die inneren gemeinheitlichen Rechtsverhältnisse (151). 2. Die mitgliederschaftlichen Sonderrechtsverhältnisse (152). 3. Aufserkörperschaftliche Rechtsverhältnisse (152). a. Im Gebiete des öffentlichen Rechts (153). b. Im Gebiete des Privatrechts (154). V. Erfordernisse. 1. Satzungsbildung. a. Durch Beschluß der Mitgliederversammlung (154). b. Durch Beschluß einer engeren Versammlung (155). c. Durch Entschluß eines Einzelnen (155). 2. Ausspruch (155). 3. Staatliche Bestätigung (156). VI. Wirksamkeit (158) 142
- § 20. Das Gewohnheitsrecht. I. Begriff (159). II. Geschichte (159). Im deutschen Mittelalter (159). Bildung und Einfluß der älteren Theorie (160). Kampf der Gesetzgebung gegen das Gewohnheitsrecht (160). Umschwung der Theorie (161). III. Geltungsgrund (161). Aeltere Theorien (162). Auffassung der historischen Rechtsschule (163). Gegenströmung (164). Die vermittelnde Ansicht (164). IV. Erfordernisse (165). 1. Bildung einer Rechtsüberzeugung. a. Trägerin eine organische Gemeinschaft (165). b. Ueberzeugung, nicht Wille (166). c. Gemeinüberzeugung (166). d. Rechtsüberzeugung (167). e. Unerheblichkeit der Beweggründe, insbesondere des Irrtums (167). f. Unerheblichkeit des Inhalts, insbesondere seiner Lauterkeit und Lernerfügtigkeit (169). 2. Uebung (170). V. Umfang (171). Observanz (171). Gewohnheitsrecht für ein einzelnes Rechtsverhältniß (172). VI. Kraft (172). Einschränkende Bestimmungen der neueren Gesetzbücher (173). VII. Anwendung (174). Beweis (175) 159
- § 21. Das Juristenrecht. I. Im Allgemeinen (176). II. Praxis (177). Präjudizengesetze (177). Gerichtsgebrauch (178). III. Theorie (180). Die Wissenschaft niemals Rechtsquelle (180). Auch nicht das Naturrecht (181). Noch auch die Natur der Sache (182) 176

(Die in Klammer beigefügten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

Drittes Kapitel.

Verhältniß der Rechtsquellen zu einander.

- § 22. Der Zusammenstoß der Rechtsquellen. I. Zusammenstoß weiterer und engerer Quellen desselben Rechtsgebiets (183). II. Zusammenstoß älterer und jüngerer Quellen desselben Rechtsgebiets (184). III. Zusammenstoß von Quellen verschiedener Rechtsgebiete (185) . 183
- § 23. Die Nichtrückwirkung der Rechtsquellen. I. Prinzip (185). II. Geschichte (186). III. Kraft (187). Der verbotende Rechtssatz und seine Tragweite (187). Der deutende Rechtssatz und seine Tragweite (189). Rückwirkung der authentischen Interpretation (190). IV. Inhalt (191). Der Begriff der erworbenen Rechte (192). Werden Rechte (193). Gesetzliche Rechte (194). Einfluß der Aufhebung oder Umwandlung eines Rechtsinstituts (194). Die Entschädigungsfrage (195). 185
- § 24. Die Einzelanwendung des Prinzips der Nichtrückwirkung. I. Personenrecht (196). Gesetzliche Persönlichkeitsrechte (196). Individuell begründete Persönlichkeitsrechte (197). Insbesondere Rechte aus geistiger Schöpfung (197). II. Sachenrecht (198). III. Obligationenrecht (200). IV. Familienrecht. 1. Ehe recht (201). Eheliches Güterrecht (202). 2. Elternrecht (203). Rechte unehelicher Kinder (204). 3. Vormund schaftsrecht (205). V. Erbrecht (205). VI. Prozeßrecht (206). Ver jäh rung (207) 196
- § 25. Die Geltung fremder Rechtsquellen. I. Prinzip (209). „Sta tutenkollision“ und „internationales Privatrecht“ (210). II. Geschichte (210). Entwicklung der Anerkennung fremder Rechtsquellen (210). Per sonalität, Dinglichkeit, Territorialität (211). Neuere Gestaltung der Lehre (211). III. Die Grundsätze des geltenden Rechts. 1. Das fremde Recht ist Recht (212). 2. Die Geltung des fremden Rechts beruht in jedem Rechtsgebiet auf Rechtssätzen des einheimischen Rechts (213). 3. Das einheimische Recht zieht der Geltung des fremden Rechts Schranken (214). 4. Das einheimische Recht regelt die Geltung des fremden Rechts (215). 5. Im Bereiche des nachgiebigen Rechts können die Be theiligten das für sie maßgebende Recht kuren (216). 6. Die An wendung von fremdem Recht durch den Richter erfolgt nach den Regeln über die Anwendung von Rechtsnormen (216). 7. Im Zweifel ist das Recht des Gebietes anzuwenden, in das der Schwerpunkt der räumlichen Beziehungen des zu beurtheilenden Rechtsverhältnisses fällt (217) 209
- § 26. Die Einzelanwendung des Prinzips der Geltung fremder Rechtsquellen (219). I. Personenrecht (220). 1. Bestimmung des Personalstatuts nach dem Wohnsitz oder nach der Staatsangehörigkeit (220). 2. Grundsätzliche Geltung des Personalstatuts für alle Per sönlichkeitsrechte (221). Durchbrechungen dieses Grundsatzes: a. Bei Beurtheilung der Rechtsfähigkeit (223). b. Bei Beurtheilung der Hand lungsfähigkeit (224). c. Bei manchen besonderen Persönlichkeits rechten (225). d. Rechtsverhältniß aus einem personenrechtlichen Ver bände (226). II. Sachenrecht (226). 1. Liegenschaften (227). 2. Fahrniß (228). 3. Unkörperliche Sachen (229). 4. Vermögens-

(Die in Klammer beigefügten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

	Seite
inbegriffe (230). III. Obligationenrecht. 1. Geschäftsobligationen. a. Form der Rechtsgeschäfte (230). b. Wirkungen der Rechtsgeschäfte (231). 2. Deliktobligationen (234). 3. Gesetzliche Verbindlichkeiten (234).	
IV. Familienrecht (235). 1. Eherecht. a. Eheliches Personenrecht (235). b. Eheliches Güterrecht (237). 2. Eltern- und Kinderrecht (240). Rechtsverhältnisse der unehelichen Kinder (241). 3. Vormundschaftsrecht (242).	
4. Weitere Verwandtschaft (243). V. Erbrecht (243). VI. Prozeßrecht (246). Konkursrecht (248). Verjährung (249)	219

Dritter Abschnitt.

Das subjektive Recht.

Erstes Kapitel.

Das subjektive Recht überhaupt.

§ 27. Begriff und Wesen des subjektiven Rechts. I. Begriff (251). II. Wesen. 1. Verhältniß zum objektiven Recht (251). 2. Abstrakte und konkrete Fassung des subjektiven Rechts (253). 3. Das subjektive Recht als äußere Willensmacht oder Willensgebundenheit (253) . . .	251
§ 28. Die Elemente des subjektiven Rechts. I. Befugnisse und Pflichten (254). II. Rechtsverhältniß (255) III. Rechtsleben (256)	254
§ 29. Die Rechte. I. Struktur der Rechte. 1. Subjekt (256). 2. Prädikat (257). 3. Objekt (257). 4. Beziehungsgegenstand (258). Möglichkeit und Wirklichkeit verschiedener Denkformen (259). II. Eintheilung der Rechte nach dem Objekt (260). 1. Rechte an der eignen Person, Persönlichkeitsrechte (260). 2. Rechte an Sachen, Sachenrechte (260). 3. Rechte an anderen Personen, persönliche Rechte (260). a. Rechte auf eine Handlung, Obligationenrechte (261). b. Rechte an fremder Persönlichkeit, Personenrechte (261). c. Rechte einer Verbandsperson an ihren Gliedpersonen und der Gliedpersonen an ihrer Verbandsperson, innere Körperschaftsrechte (262). d. Rechte am Rückstande einer weggefallenen Person, Nachlaßrechte (262). III. Eintheilung der Rechte nach dem Subjekt. 1. Nach der Beschaffenheit des Subjekts (263). 2. Nach der Bestimmtheit des Subjekts. a. Rechte mit unmittelbar bestimmtem Subjekt (263). b. Rechte mit mittelbar bestimmtem Subjekt (264). c. Rechte mit unbestimmtem Subjekt (264)	256
§ 30. Das Rechtssubjekt. I. Begriff (265). II. Arten (265). Uebermenschliche und untermenschliche Wesen als Subjekte im älteren Recht (265). Heute nur Menschen als Einzelne oder als Verbände (267). Wesen des Persönlichkeitsbegriffs (268). III. Subjektsgemeinschaften. a. Gemeinschaften mit unverbundenen Subjekten (268). b. Gemeinschaften mit verbundenen Subjekten (269)	265
§ 31. Das Rechtsobjekt. I. Begriff (269). Der Sachbegriff (269). II. Arten der Sachen (270). 1. Die Unterscheidung körperlicher und unkörperlicher Sachen. a. Körperliche Sache (270). b. Unkörperliche Sache (270). Tragweite dieses Begriffs (271). Bedeutung desselben (273). 2. Die Unterscheidung von Sachindividuen und Sachinbegriffen. a. Sachindividuen (273). b. Sachinbegriffe (275). III. Vermögen. 1. Im ob-	

(Die in Klammer beigefügten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

	Seite
jektiven Sinne (275). 2. Im subjektiven Sinne (276). Abgrenzung des Vermögensrechtes (276). Werth (277)	269

Zweites Kapitel.

Das Werden des subjektiven Rechts.

§ 32. Im Allgemeinen. I. Rechtsvorgänge (278). II. Thatbestände (280). Handlungen (281). Sonstige Thatbestände (281)	278
§ 33. Rechtsgeschäfte. I. Wesen (282). II. Arten (283) 1. Einseitige und mehrseitige (283). Verträge (284). 2. Rechtsbegründende, rechtsverändernde und rechtsaufhebende (285). Verzichte (285). 3. Entgeltliche und unentgeltliche (286). 4. Materielle und abstrakte (286). 5. Abwandlungen durch Nebenbestimmungen (286). III. Erfordernisse (286). Gültige und ungültige Rechtsgeschäfte (286). Rechtlich zulässiger Inhalt (287). Willensbildung und Willensäußerung (288). IV. Form (289). Rechtliche Bedeutung der Geschäftsformen überhaupt (289). 1. Sinnbilder (290). 2. Formeln (291). 3. Zeugenziehung (291). 4. Schriftlichkeit (291). 5. Notarielle Form (292). 6. Gerichtlichkeit (293). 7. Eintragung in öffentliche Bücher (294). V. Vertretung (296). Geschichtliche Entwicklung der freien Stellvertretung im deutschen Recht (296). Unmittelbare Stellvertretung im deutschen Recht (297). Vertretungsmacht (299). Handeln ohne Vollmacht (300). VI. Auslegung (301).	282
§ 34. Gesetzliche Rechte. I. Ueberhaupt (302). II. Privilegien. 1. Begriff (302). 2. Bedeutung (303). 3. Begründung (304). 4. Inhalt (305). 5. Beendigung (306). a. Beendigung des Privilegs als Recht (306). b. Beendigung des Privilegs als Rechtssatz (307)	302
§ 35. Zeitablauf. I. Ueberhaupt (308). II. Berechnung der Zeit (308). 1. Tage (309). 2. Wochen und Monate (309). 3. Jahr, Jahr und Tag (310). 4. Festtage (310). 5. Gesetzliche Zeit (310). III. Verjährung (310). 1. Aelteres deutsches Recht (311). Verschweigung (311). 2. Aufnahme der fremden Rechte (312). IV. Unvordenklichkeit (313). 1. Geschichte (313). 2. Wesen (315). 3. Erfordernisse (316). 4. Anwendungsgebiet (317). 5. Beweis (318)	308

Drittes Kapitel.

Ausübung und Schutz des subjektiven Rechts.

§ 36. Ausübung der Rechte. I. Im Allgemeinen (319). Nichtgebrauch (319). Mißbrauch (319). II. Ausübungsbefugniffs (320). 1. Ausübung durch Vertreter (320). 2. Ruhen der Ausübungsbefugniffs (321). 3. Legitimation zur Ausübung (321). III. Kollision der Rechte (321) . . .	319
§ 37. Schutz der Rechte durch Klagen. I. Die Gerichtshülfe überhaupt (323). Der Anspruch auf Gerichtshülfe (323). II. Klagen (324). Das ältere deutsche Recht (325). Einfluß des römischen Aktionensystems (325). Das heutige Recht (326). Einreden (327). III. Der Prozeß (328). Zwangsvollstreckung (328). Konkursrecht (329) . . .	323
§ 38. Sicherungsmittel der Rechte. I. Rechtsverwahrung (329). II. Sicherheitsleistung (330). III. Arrest (330). IV. Einstweilige Verfügung (331). V. Sequestration (331). VI. Inventar (331). VII. Offen-	

(Die in Klammer beigefügten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

	Seite
barungseid (331). VIII. Siegelung (332). IX. Oeffentliches Aufgebot (332). Geschichte (332). Verfahren (333). Voraussetzung (334). Wirkung (335)	329
§ 39. Schutz der Rechte durch Selbsthülfe. I. Im Allgemeinen (335). Geschichte (336). Heutiges Recht (337). II. Die eigenmächtige Pfändung (338). 1. Geschichte (338). a. Die eigenmächtige Pfändung zur Befriedigung und ihr Verschwinden aus dem geltenden Recht (338). b. Die eigenmächtige Pfändung zur Sicherung und ihre Erhaltung als Schüttung und als Personalpfändung (341). 2. Wesen (341). 3. Begründung (342). a. Schadenszufügung oder bloße Besitzstörung (343). b. Antreffen auf frischer That (344). c. Nothfall (344). 4. Der Pfändungsberechtigte (344). 5. Verfahren (344). a. Auf dem Grundstück (345). b. Ohne unnöthige Gewalt (345). c. Mit Mafs (346). d. Kundmachung (347). e. Aufbewahrung (347). 6. Wirkung (348). a. Beweis-sicherung (348). b. Ersatzsicherung (349). c. Besitzsicherung (351) .	336

Zweites Buch.

Besonderer Theil.

Erster Abschnitt.

P e r s o n e n r e c h t .

Erstes Kapitel.

Das Recht der Einzelpersönlichkeit.

Erster Titel.

Die Einzelpersönlichkeit überhaupt.

§ 40. Begriff und Inhalt. I. Begriff (355). II. Inhalt (356). 1. Rechtsfähigkeit (356). 2. Handlungsfähigkeit (357)	355
§ 41. Erwerb der Persönlichkeit. I. Leibesfrucht (357). II. Geburt (358). 1. Leben nach der Geburt (358). 2. Menschliche Gestalt (359). 3. Lebensfähigkeit (359). III. Beurkundung der Geburt (360). Kirchenbücher (360). Einführung der Civilstandsregister (360). Die heutigen Standesregister (361). Anzeige und Eintragung der Geburtsfälle (362)	357
§ 42. Verlust der Persönlichkeit. I. Tod (363). Beweis (363). Beurkundung (363). II. Fingirter Tod (364). 1. Friedlosigkeit und bürgerlicher Tod (364). 2. Klostertod (364). III. Vermutheter Tod (365). 1. Geschichte der Todesvermuthung (365). Aelteres deutsches Recht (365). Römisches Recht und romanistische Doktrin (367). Fortbildung seit der Rezeption (367). 2. Voraussetzungen (368). a. Verschollenheit (368).	

(Die in Klammer beigefügten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

Lebensvermuthung während der Verschollenheit (368). b. Ablauf der Verschollenheitsfrist (370). Sächsisches System (370). Schlesisches System (371). See-, Kriegs- und sonstige Unfallverschollenheit (372). 3. Verfahren (372). 4. Wirkung der Todeserklärung (374). Die Rechtsfolgen des natürlichen Todes werden als eingetreten behandelt (374). Bestimmung des als Todeszeit geltenden Zeitpunktes (375). 5. Wegfall der Wirkung (377). a. Todesnachweis (377). b. Lebensnachweis (377) 363

Zweiter Titel.

Einfluss natürlicher Zustände.

§ 43. Geschlechtsunterschied. Aelteres deutsches Recht (379). Heutiges Recht (380). Zweifelhafes Geschlecht (380) 379

§ 44. Altersunterschied. I. Jungendliches Alter. 1. Altersstufen (381). Aelteres Deutsches Recht (381). Mündigkeitstermine (382). Fortbildung im Mittelalter (383). Einfluss der Rezeption (384). Heutiges Recht (385). 2. Besondere Mündigkeitstermine (385). 3. Jahrgebung (385). 4. Wirkungen der Altersunreife (386). a. Kinder (387). b. Beschränkte Handlungsfähigkeit der Minderjährigen über 7 Jahre (387). c. Erweiterungen ihrer Handlungsfähigkeit (387). d. Arglist (388). e. Privilegia minorum (388). II. Greisenalter (389) 381

§ 45. Gesundheit. I. Leibliche Gesundheit (390). 1. Einfluss auf die Rechtsfähigkeit (390). 2. Einfluss auf die Handlungsfähigkeit (390). II. Geistige Gesundheit. 1. Geisteskrankheit (392). 2. Verschwendung (393). 3. Trunksucht (394) 390

Dritter Titel.

Einfluss der Standesunterschiede.

§ 46. Das Ständewesen überhaupt. I. Begriff (395). II. Privatrechtliche Bedeutung des Ständewesens (395). 1. Ihr Verhältniß zur öffentlichrechtlichen Bedeutung des Ständewesens (395). 2. Ständerecht und gemeines Recht (395). 3. Geburtsstände und Berufsstände (396) . . 395

§ 47. Der hohe Adel. I. Begriff (397). II. Geschichte (397). III. Erwerb (399). IV. Standesrechte (399). 1. Hausverfassung (400). 2. Ebenbürtigkeit (401). a. Mißsheirath (401). b. Ehe zur linken Hand (404). 397

§ 48. Der niedere Adel. I. Begriff (406). II. Geschichte (406). III. Erwerb. 1. Geburt (407). 2. Heirath (407). 3. Verleihung (407). IV. Verlust (408). 1. Verheirathung (408). 2. Verzicht (408). V. Arten des Adels (409). 1. Ahnenadel und neuer Adel (409). 2. Uradel und Briefadel (409). 3. Erbadel und persönlicher Adel (409). VI. Standesrechte (410). 1. Sonderrecht (410). 2. Ebenbürtigkeit (410). 3. Adelszeichen (411). 4. Vorrechte kraft Satzung oder Rechtsgeschäfts (411) . 406

§ 49. Der Bürgerstand. Der Bürgerstand des Mittelalters (411). Der Bürgerstand des heutigen Rechts (412). Höherer und niederer Bürgerstand (412) 411

§ 50. Der Bauernstand. Ehemals (413). Heutiges Recht (413) 413

§ 51. Berufsstände. I. Gewerbliche Berufsstände (414). II. Oeffentliche Berufsstände (414) 414

(Die in Klammer beigefügten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

Vierter Titel.

Einfluss der Ehre.

- § 52. **Geschichtliche Entwicklung des Rechts der Ehre.** I. Ueberhaupt (416). Grundgedanken des germanischen Rechts (416). 1. Aus der Persönlichkeit entspringt ein Recht auf Ehre (416). 2. Unversehrte Ehre ist Grundlage des Rechts der Persönlichkeit (417). II. Das Recht des deutschen Mittelalters (417). 1. Echtlosigkeit (417). 2. Rechtlosigkeit (417). a. Kraft Urtheils (418). b. Kraft Berufsmakels (419). c. Kraft Geburtsmakels (419). 3. Ehrlosigkeit (420). a. Bescholtenheit (420). b. Ehrloserklärung (420). c. Verlust einer Sonderehre (421). III. Der Einfluss der Rezeption (422). 1. Echtlosigkeit (423). 2. Rechtlosigkeit (423). a. Kraft Urtheils (423). b. Kraft Berufs- oder Geburtsmakels (424). 3. Ehrlosigkeit (425). a. Bescholtenheit (425). b. Ehrlosigkeit kraft Urtheils (425). c. Sonderehre (425). IV. Die neueste Entwicklung (425). 416
- § 53. **Geltendes Recht der Ehre.** I. Ueberhaupt (427). 1. Das Recht der Person auf Ehre (427). 2. Die Einwirkung der Ehre auf die Persönlichkeit (427). II. Menschenehre (427). III. Bürgerehre (427). 1. Falle ihres Verlustes und ihrer Minderung (427). 2. Wirkungen des Ehrverlustes (428). IV. Sonderehre (430). Rechtliche Bedeutung (430). Ordnung und Handhabung des Rechts der Sonderehre (431). V. Individualehre (432). Erhöhung (432). Minderung (433) 427

Fünfter Titel.

Einfluss der Religion.

- § 54. **Der Einfluss der Religion überhaupt.** I. Geschichtliche Entwicklung. 1. Im Mittelalter (434). 2. Nach der Reformation (434). 3. Seit dem 18. Jahrhundert (435). 4. Im 19. Jahrhundert (435). II. Heutiges Recht (436). 1. Keine Beschränkung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte (436). 2. Geltung besonderer Privatrechtsätze für die Angehörigen eines Bekenntnisses (436). 3. Rechtsfolgen der Religionsverschiedenheit (436). 4. Einwirkung des Kirchenrechts (436). 5. Satzungsrecht (436). 6. Rechtsgeschäftliche Bedingungen (437). 434
- § 55. **Rechtsverhältnisse der Juden.** I. Aelteres Recht (437). 1. Judenschutz (438). 2. Judengemeinden (439). 3. Jüdisches Recht (439). 4. Sonderrecht für die Juden (440). a. Begünstigungen (440). b. Zurücksetzungen (440). II. Heutiges Recht (441). 1. Vollgenossenrecht in Staat und Gemeinde (441). 2. Judengemeinden (442). 3. Jüdisches Recht (442). 4. Einfluss der jüdischen Religion auf das Privatrecht (442). 437

Sechster Titel.

Einfluss der Staats- und Gebietsangehörigkeit.

- § 56. **Staatsangehörigkeit.** I. Begriff (443). Reichs- und Landesangehörigkeit (443). Das gemeinsame Indigenat (444). II. Privatrechtliche Bedeutung (444). Aelteres Recht (444). Heutiges Recht (445). Die privatrechtliche Gleichstellung Staatsangehöriger und Staatsfremder (445). Ausnahmen (446). Vergeltungsrecht (446). III. Einzelne Beschränkungen

(Die in Klammer beigefügten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

	Seite
der Fremden (447). 1. Erwerb von Grundeigenthum (447). 2. Schiffs- parten (448). 3. Vormundschaft (448). 4. Eheschließung (448). 5. Pers- önlichkeitsrechte (448). 6. Staatsschuldbuch (449). 7. Gewerberecht (449). 8. Wohnrecht (449). 9. Prozeßrecht (449). 10. Satzungsrecht (449). 11. Abzugsrecht (450). IV. Gemeindeangehörigkeit (451) . . .	443
§ 57. Gebietsangehörigkeit. I. Im Allgemeinen (451). II. Gebiets- angehörigkeit durch Grundbesitz (452). III. Gebietsangehörigkeit durch Wohnsitz (453). IV. Unterstützungswohnsitz und Heimathsrecht (455).	451

Zweites Kapitel.

Das Recht der Verbandspersönlichkeit.

Erster Titel.

Die Verbandspersönlichkeit überhaupt.

§ 58. Geschichtliche Entwicklung. I. Ueberhaupt (456). II. Ursprüng- liches deutsches Recht (457). 1. Genossenschaftliche Verbände (457). 2. Herrschaftliche Verbände (457). 3. Gemischte Verbände (457). III. Fortbildung im deutschen Mittelalter (457). 1. Körperschaften (458). 2. Anstalten (458). 3. Mischungen (459). IV. Einfluß der Rezeption (459). Die römischrechtliche Grundlage (459). Die romanistisch-kan- onistische Theorie (460). Ihre Aufnahme in Deutschland (461). Wider- standskraft des germanischen Körperschaftsrechts (461). Die natur- rechtliche Gesellschaftslehre (461). Die Gesetzgebung (462). V. Neueste Zeit (463). 1. Spaltung der Theorie (463). a. Theorien, die eine fingirte Person annehmen (463). b. Theorien, die jede Verbandspersön- lichkeit streichen (464). c. Theorien der realen Verbandspersönlichkeit (466). 2. Verhalten der Gesetzgebung (468). 3. Verhalten der Praxis (468).	456
§ 59. Begriff und Wesen der Verbandspersönlichkeit. I. Begriff (469). Name (469). II. Wesen (470). 1. Wirklichkeit der Verbands- person (470). 2. Persönlichkeit kraft Rechtssatzes (471). Die Rolle des Staates (471). 3. Rechtsfähigkeit der Verbandsperson (472). 4. Handlungsfähigkeit der Verbandsperson (472). 5. Die Verbands- person als zusammengesetzte Person (473). 6. Die Verbandsperson als Gliederperson (473)	469
§ 60. Arten der Verbandspersönlichkeit. Körperschaften (474). An- stalten (474). Mischung beider Typen (474). Der Staat (474). Andere Arten von Verbandspersönlichkeit giebt es nicht (475)	474

Zweiter Titel.

Der Staat als Verbandsperson.

§ 61. Der Fiskus. I. Ueberhaupt (475). Der Staat als völkerrechtliche, staatsrechtliche und privatrechtliche Person (475). Der Staat als Ver- mögenssubjekt (475). Einheit der Staatspersönlichkeit (476). II. Reichs- und Landesfiskus (477). III. Einheit des Fiskus (477). IV. Fiskalrecht (478). Privilegia fisci (478). Verschiedenes Fiskalrecht in demselben Staatsgebiet (478)	475
---	-----

(Die in Klammer beigefügten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

Dritter Titel.

Die Körperschaften.

- § 62. Im Allgemeinen. I. Begriff und Wesen (479). Der äußere Begriff (479). Das Wesen der römischen universitas (479). Das Wesen der deutschen Körperschaft (479). Die romanistische Theorie (480). Die germanistische Genossenschaftstheorie (480). Ursprüngliche Fassung (480). Fortbildung (481). Der deutsche Gegensatz körperschaftlicher und gesellschaftlicher Verbindung (481). Das genossenschaftliche Prinzip und das Prinzip der gesammten Hand (482). II. Arten (482). Oeffentliche und private Körperschaften (482). Weltliche und kirchliche (482). Gemeinden und Genossenschaften (482). Keine Körperschaften sind die bloß publizistischen Verbandseinheiten und die Behörden (483). 479
- § 63. Entstehung der Körperschaften. I. Erzeugung des Gemeinwesens (483). 1. Grundlagen (483). a. Persönliches Substrat (484). b. Unpersönliches Substrat (484). Gebietskörperschaften (484). Vermögensgenossenschaften (484). 2. Vereinigungsakt (484). Unbewusste Willensvorgänge (485). Bewusste Willensthaten (485). Der Vereinigungsakt als sozialrechtlicher Konstitutivakt (486). Gründungsstadium (486). Körperschaftliches Vorleben (486). Individualrechtsgeschäfte im Gründungsstadium (487). II. Anerkennung des Gemeinwesens als Verbandsperson (487). 1. Persönlichkeit kraft Daseins (488). 2. Persönlichkeit kraft besonderer Kundmachung (489). 3. Persönlichkeit kraft Verleihung (490). 483
- § 64. Zusammensetzung der Körperschaften. Einzelpersonen oder Verbandspersonen als Mitglieder (492). Die Mitgliedschaft als personenrechtliches Verhältniß (492). Mögliche Umbildung zum Vermögensrecht (492). Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft (492). Offene oder geschlossene Zahl der Mitgliedschaften (494). Uebertragbare Mitgliedschaften (494). Inhalt der Mitgliedschaft (495). Umfang der Mitgliedschaft (495). Mögliche Ungleichheit (495). Häufbare und theilbare Mitgliedschaften (496) 492
- § 65. Organisation der Körperschaften. I. Ueberhaupt (496). Organe (497). Organträger (498). II. Einzelne Organe (498). 1. Die Mitgliederversammlung (498). Bildung (499). Beschlussfähigkeit (500). Beschlussfassung (501). Majoritätsprinzip (501). Machtbereich des Körperschaftsbeschlusses (503). Einschränkung auf die körperschaftliche Lebenssphäre (504). Einschränkung durch Sonderrechte der Mitglieder (504). Anfechtung von Körperschaftsbeschlüssen (505). 2. Der Vorstand (506). Bildung (506). Zuständigkeit (507). Vertretungsfunktion (507). Umfang der Vertretungsmacht (508). Verwaltungsfunktion (510). 3. Repräsentativorgane (510). Als Ersatz der Mitgliederversammlung (510). Als Ergänzung der Mitgliederversammlung (511). 4. Sonstige Organe (511). Unmittelbare (511). Mittelbare (512) 496
- § 66. Rechtsfähigkeit der Körperschaften. Arten der körperschaftlichen Rechte und Pflichten (512). I. Gemeinheitliche (512). II. Gemeinmäßige (513). III. Individuelle (514). Vermögensfähigkeit (515). Fähigkeit zu Persönlichkeitsrechten (515). Ausnahmen von der Gleichstellung mit Einzelpersonen (516). Einschränkungen der Rechtsfähigkeit (516). Erweiterungen der Rechtsfähigkeit (517) 512

(Die in Klammer beigefügten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

- § 67. Handlungsfähigkeit der Körperschaften. I. Ueberhaupt (518). Willensorgane (518). Bewußtseinsorgane (519). Stellvertreter (519). II. Umfang (519). 1. Einschränkung auf den körperschaftlichen Lebensbereich (519). 2. Gebundenheit durch höheres Gemeinleben (520). Staatsaufsicht (520). Aufsicht oder Bevormundung (520). Außerordentliche oder ständige Aufsicht (521). Prüfung der Rechtmäßigkeit oder der Zweckmäßigkeit (521). Abwehr oder positive Einwirkung (521). Kenntnisaufnahme (522). Abhelfende Mafsregeln (522). Vorbeugende Mafsregeln (523). Genehmigung (523). Gebundenheit von Gliedkörperschaften durch die Gesamtkörperschaft (524). III. Erfordernisse der Körperschaftshandlung (524). IV. Einzelne Körperschaftshandlungen (525). 1. Gemeinheitliche (525). 2. Gliedmäßige (525). 3. Individuelle (526). a. Rechtsgeschäfte (526). b. Rechtsausübungshandlungen (527). c. Prozeßhandlungen (527). V. Rechtswidrige Körperschaftshandlungen (528). Deliktsfähigkeit (528). Umfang (530). Voraussetzungen einer rechtswidrigen Körperschaftshandlung (530). Wirkungen (531). Straffolgen (531). Privatrechtliche Ersatzverbindlichkeiten (531). Haftung für fremdes Verschulden (533). Haftung ohne Verschulden (533) . . . 518
- § 68. Verhältnifs der Körperschaft zu ihren Gliedern. Rechtsbeziehungen dreifacher Art (533). I. Aufserkörperschaftliche Verhältnisse (534). Freie Sonderrechtsverhältnisse der Glieder (534). II. Rein körperschaftliche Verhältnisse (534). Reine Mitgliedschaftsverhältnisse (534). Ihr Rechtsschutz (534). Ihre Stellung zu den Individualsphären der Glieder (535). III. Verhältnisse des körperschaftlichen Sonderrechts (536). Mitgliedschaftliche Sonderrechtsverhältnisse (536). Ungleiche Ausprägung bei den einzelnen Körperschaftsgattungen (536). Unterschiede nach dem Subjekte (537). Nach dem Objekte (537). Personenrechtliche Sonderrechtsverhältnisse (537). Sachenrechtliche (538). Genossenschaftliches Gesamteigenthum (539). Begrenzte dingliche Gesamtrechte (541). Dingliche Gesamtlasten (541). Obligationenrechtliche Sonderrechtsverhältnisse (541). Genossenschaftliche Gesamtforderungsrechte (544). Genossenschaftliche Gesamtverbindlichkeiten (544). Rechtsgrundsätze (545). Begründung der körperschaftlichen Sonderrechtsverhältnisse (545). Ihr Bestand (545). Nach innen (546). Verfügung (546). Rechtsschutz (546). Nach ausßen (547). Besitzhandlungen (547). Prozeßhandlungen (548). Beendigung (549) . . . 533
- § 69. Veränderung der Körperschaften. I. Begriff (550). II. Arten (550). Unwesentliche Veränderungen (550). Wesentliche (550). III. Eintritt (552). Durch eigene Handlungen der Körperschaft (552). Durch fremde Handlungen (553). IV. Wirkungen (554). V. Vereinigung und Zertheilung (555). Vereinigung (555). Zertheilung (556) 550
- § 70. Beendigung der Körperschaften. I. Eintritt (556). 1. Beendigung durch Verwirklichung eines Thatbestandes (557). a. Erreichung eines gesetzten Lebenszieles (557). b. Wegfall des persönlichen Substrats (557). c. Wegfall eines unpersönlichen Substrats (559). d. Konkursöffnung (560). 2. Beendigung durch eigene Handlung (560). Einschränkungen des Selbstauflösungsrechtes (561). 3. Beendigung durch fremde Handlung (562). Aufhebung durch den Staat (562). II. Wirkungen (565). Die körperschaftliche Verlassenschaft (565). Sozialrecht-
- (Die in Klammer beigefugten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

liche Succession (565). Anfall (566). Bestimmung des Anfallberechtig- tigten (566). Anfall an eine Ersatzperson (567). Anfall an eine höhere Verbandsperson (568). Anfall an die Mitglieder (569). Kombinationen (570). Fiskalische Nachfolge in Ermangelung eines Anfallberechtigten (570). Die sozialrechtliche Succession als Gesamtnachfolge (570). III. Verwirklichung der Auflösungsfolgen (571). Zersetzungsstadium (572). Körperschaftliches Nachleben (572). Fortdauer der objektiven Einheit des Verbandsvermögens (572). Fortdauer von Elementen der subjektiven Verbandseinheit (573). Bei dem Anfall an eine einzige Person (573). Bei dem Anfall an die Summe der Mitglieder (574). Die Körperschaft in Liquidation (574). Die Körperschaft im Konkurse (575)	556
---	-----

Vierter Titel.

Die Gemeinden insbesondere.

§ 71. Die alte Markgemeinde. I. Ursprung (576). II. Wesen (577). 1. Doppelberuf als örtliches Gemeinwesen und als ländliche Wirtschafts- genossenschaft (577). 2. Personenvereinigung und Markgemeinschaft (577). 3. Genossenschaftliche Ordnung (577). III. Ausgestaltung (578). 1. Dorf- gemeinden und Einzelhöfe (578). a. Dorfanlage (578). Dorfraum (578). Feldmark (578). Allmende (579). Hufe (580). b. Einzelhöfe (581). 2. Ortsmarken und größere Markgenossenschaften (581). 3. Freie und grundherrliche Gemeinden (582). 4. Gemeine Verbände und Sonder- verbände (583). IV. Verfassung (583). 1. Zusammensetzung (583). Voll- genossen (584). Schutzgenossen (584). 2. Organisation (585). V. Um- bildung (585). 1. In den Städten (585). 2. In den Landgemeinden (587). a. Personalgemeinden (587). b. Realgemeinden (587). c. Rechtsame- gemeinden (588)	576
§ 72. Die Auflösung der Markgemeinde. I. Auseinandersetzung zwischen politischer und wirtschaftsgenossenschaftlicher Gemeindever- bindung (589). 1. Durch Spaltung (590). 2. Durch Grenzziehung (591). II. Schicksale der politischen Seite der Markgemeinde (591). III. Schicksale der wirtschaftsgenossenschaftlichen Seite der Mark- gemeinde (592). 1. Ihre Reste in Eigenthumsbeschränkungen (592). 2. Ihre Reste in Gemeinschaftsverhältnissen (592). a. Uebergang der Allmende in ein besonderes Genossenschafts- oder Gemeinschaftsver- mögen (592). b. Allmendnutzungen als Privatrechte am Gemeindever- mögen (593). c. Verwandlung der Allmende in reines Gemeindevermögen (594). IV. Auflösung der Reste der Markgemeinschaft (595). Agrar- gesetzgebung (595). 1. Zusammenlegung (596). 2. Ablösung (597). 3. Gemeinheitstheilung (598). a. Gegenstand (599). b. Theilungsfall (599). c. Theilungsart (601). d. Theilungsfuß (601). Abfindung besonderer Rechte (602)	589
§ 73. Die Gemeinde im heutigen Recht. I. Begriff (602). II. Arten (602). III. Rechtsstellung (603). IV. Gemeindevermögen (604). 1. Eigent- liches Gemeindevermögen (604). 2. Allmendvermögen (605). Ungleich- artige Natur der Nutzungsrechte (605). a. Mitgliedschaftliche Sonder- nutzungsrechte (606). b. Bürgerliche Nutzungen (607). Umbildung im Sinne von Sonderrechten (608). c. Freie Privatnutzungsrechte (611). 3. Genossenschaftsvermögen (612)	602

(Die in Klammer beigefügten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

- § 74. Agrargenossenschaften. I. Begriff (612). II. Arten (613). III. Rechtsverhältnisse (614). 1. Die Agrargenossenschaften als Körperschaften (614). 2. Als selbständige Körperschaften (616). 3. Als private Körperschaften (616). 4. Als Körperschaften genossenschaftlicher Struktur (617). 5. Als Wirtschaftsgenossenschaften (618) 612

Fünfter Titel.

Die Genossenschaften insbesondere.

- § 75. Oeffentliche Genossenschaften. I. Begriff und Wesen (619). Relativität der Unterschiede von privaten Genossenschaften (620). Rechtsstellung (622). II. Arten. 1. Kirchliche Körperschaften (622). 2. Spezialgemeinden (622). 3. Ständische Körperschaften (622). 4. Wirtschaftsgenossenschaften (623). a. Personalgenossenschaften (623). b. Realgenossenschaften (623) 619
- § 76. Private Genossenschaften. I. Begriff und Wesen (624). Rechtsstellung (624). II. Arten (625). 1. Familiengenossenschaften (625). 2. Wirtschaftsgenossenschaften (625). a. Personalgenossenschaften (625). b. Realgenossenschaften (626). c. Vermögensgenossenschaften (626). 3. Vereine für ideale Zwecke (627). III. Nicht anerkannte Genossenschaften (628). 1. Im Falle der Nichtigkeit ihres Bestandes (628). 2. Im Falle der Gültigkeit ihres Bestandes (629). Widerspruchsvoller Rechtszustand (629). Abhülfe durch Annahme unvollkommener Körperschaften (629). Abhülfe durch Annahme modifizirter Gesellschaften (630). Einführung der gesamten Hand (632). Die erlaubte Privatgesellschaft des preussischen Rechts (633) 624

Sechster Titel.

Anstalten.

- § 77. Oeffentliche Anstalten. I. Begriff (635). Anstalt (635). Oeffentliche Anstalt (635). II. Geschichte (636). Entwicklung der Theorie (636). III. Arten (637). 1. Staatsanstalten (637). 2. Gemeindeanstalten (638). 3. Kirchenanstalten (638). 4. Sonstige Körperschaftsanstalten (639). IV. Rechtsgrundsätze (639). 1. Entstehung (639). 2. Verfassung (640). Organe (640). Keine Mitglieder (641). 3. Rechtsfähigkeit (641). 4. Handlungsfähigkeit (642). 5. Innere Rechtsverhältnisse (642). 6. Veränderung und Beendigung (643). Hinterlassenschaft (644) 635
- § 78. Stiftungen. I. Begriff (645). II. Geschichte (645). Entwicklung der Theorie (646). III. Wesen (647). IV. Arten (648). Milde Stiftungen (648). Kirchliche Stiftungen (649). Kommunale und korporative Stiftungen (649). V. Entstehung (649). 1. Errichtung durch private Willensthat (649). Staatliche Genehmigung (650). 2. Anerkennung der Stiftung als Person (650). 3. Der Stiftungsakt (651). a. Der soziale Schöpfungsakt (651). b. Das individuelle Rechtsgeschäft (652). Bei der Stiftung unter Lebenden (652). Bei der Stiftung von Todeswegen (653). VI. Verfassung (653). VII. Rechtsfähigkeit (655). VIII. Handlungsfähigkeit (655). IX. Innere Rechtsverhältnisse (656). Rechte und Pflichten der Organträger (656). Rechtsverhältniß der Destinatäre (656). X. Veränderung (657). XI. Beendigung (658). Der Stiftungsnachlaß (659). Liquidation (660) 645

(Die in Klammer beigefügten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

Drittes Kapitel.

Personenrechtliche Gemeinschaften.

- § 79. Personenrechtliche Gemeinschaften überhaupt. I. Begriff (660). II. Wesen (660). III. Geschichte (661). Im älteren deutschen Recht (661). Seit der Rezeption (662). IV. Arten (663) . . . 660
- § 80. Gemeinschaften zur gesammten Hand. I. Begriff (663). II. Wesen (664). III. Geschichte (664). Ursprung (664). Fortbildung (665). Ausbreitung (667). Entwicklung seit der Rezeption (668). Im neunzehnten Jahrhundert (668). IV. Arten (669). Familienrechtliche Fälle (670). Erbengemeinschaft (670). Handelsgesellschaften (670). Rhederei (671). Gesellschaften des bürgerlichen Rechts (671). Zufällige Rechtsgemeinschaften (673). Forderungen und Verbindlichkeiten zur gesammten Hand (673). Vertretungsmacht zur gesammten Hand (674). Theileinheiten als Gesammthänderschaften (674). Gesammthandsverhältnisse des öffentlichen Rechts (674). Insbesondere des Prozeßrechts (674). V. Rechtsgrundsätze (674). 1. Begründung (675). 2. Personenrechtliche Verbundenheit (675). 3. Personeneinheit (676). Sonderrechte und Sonderpflichten in der Gemeinschaft zur gesammten Hand (676). Begrenzung und Ergänzung des Kollektivprinzips durch das Antheilsprinzip oder das Solidarprinzip (677). Antheile (678). Inhalt (678). Umfang (679). Verhältniß zur personenrechtlichen Theilhaberschaft (679). Veräußerung (679). Vererbung (680). Theilungsanspruch (681). Sonderrechte oder Sonderpflichten auf das Ganze (681). 4. Rechtsfähigkeit (682). Nach außen (682). Nach innen (683) 5. Handlungsfähigkeit (684). Nach außen (684). Handeln mit gesammter Hand (684). Handeln durch Vertreter (686). Vertretung kraft Gemeinschaftsrechts (686). Nach innen (687). Gesammtwille (687). Beschlusfassung (688). Mehrheitsbeschlüsse (688). Entschlüsse (689). Wirkungen einer Handlung der Personeneinheit (690). 6. Veränderung (690). Fortbestand mit veränderter Trägerschaft (691). Ungleiche Entwicklung der Veränderungsfähigkeit bei den verschiedenen Typen (692). 7. Beendigung (693). Beendigungsgründe (693). Wirkung (694). Verwirklichung der Auflösungsfolgen (696). Theilweise Anflösung (696) 663
- § 80a. Gemeinschaften kraft herrschaftlicher Gewalt. I. Begriff (697). II. Wesen (697). III. Geschichte (698). Entwicklung der Theorie (698). Wirksamkeit im Leben (699). IV. Arten (699). Das Haus (699). Die geschäftlichen Unternehmungen (699). Die Schiffsgewalt (700). Oeffentlichrechtliche Herrschaftsverbände (700). V. Rechtsgrundsätze (700). Personenrechtliche Verbundenheit (701). Einwirkung auf das Vermögensrecht (702) 697

Viertes Kapitel.

Persönlichkeitsrechte.

Erster Titel.

Die Persönlichkeitsrechte überhaupt.

- § 81. Begriff und Wesen der Persönlichkeitsrechte. I. Begriff (702). Verhältniß der besonderen Persönlichkeitsrechte zu dem allgemeinen (Die in Klammer beigefugten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

meinen Rechte der Persönlichkeit (703). Römisches Recht (704). Deutsches und modernes Recht (704). II. Wesen (705). Mannichfaltigkeit (705). 1. Privatrechte (705). 2. Von Hause aus keine Vermögensrechte (706). Entwicklung zu Vermögensrechten (706). 3. Von Hause aus höchstpersönliche Rechte (707). Abwandlungen (707). a. Entstehung (707). b. Uebertragung (707). c. Beendigung (708) 702

§ 82. Arten der Persönlichkeitsrechte. Eintheilung nach dem durch sie gewährleisteten Persönlichkeitsgut (708). I. Leib und Leben (709). II. Freiheit (710). III. Ehre (711). IV. Besondere Zustände (712). V. Bethätigung (713). Das Recht der Gewerbefreiheit (713). Recht auf einen individuell erworbenen Tätigkeitsbereich (713). Schutz gegen unlauteren Wettbewerb (714). Monopolrechte (715). Ausschließliche Gewerberechte (715). Bannrechte (716). Ausschließliche Aneignungsrechte (716). VI. Namen und Zeichen (717). VII. Geisteserzeugnisse (717). 708

Zweiter Titel.

Namen- und Zeichenrechte.

§ 83. Namenrechte. I. Der bürgerliche Name (717). 1. Familien- und Vorname (717). Familienname (717). Erwerb (718). Aenderung (719). Vorname (719). Erwerb (719). Aenderung (720). Das Privatrecht am Namen (720). Führungsrecht (721). Verbotungsrecht (721). Schutz gegen Anmaßung (721). Schutz gegen Mißbrauch (722). 2. Verbandsnamen (723). 3. Angenommene Namen (723). II. Die Firma (724). Wesen (724). Erwerb (724). Recht an der Firma (725). Inhalt und Schutz (726). 717

§ 84. Zeichenrechte. I. Marken (726). Ursprung des germanischen Markenrechtes (727). Fortbildung (728). Das Recht an der Marke (728). Gebrauch der Marke (728). Untersagungsrecht (730). Verfall des Markenwesens (730). II. Wappen (730). III. Siegel (731). IV. Warenzeichen (731). Markengesetze (731). Heutiges deutsches Recht (732). 1. Begründung (732). a. Subjektive Voraussetzungen (733). b. Objektive Voraussetzungen (733). α. Geeignetheit des Zeichens (733). β. Unterscheidung von wohl erworbenen fremden Zeichen (735). c. Begründungsakt (736). α. Annahme (736). β. Anmeldung (736). γ. Eintragung (737). Wirkung der Eintragung (737). 2. Uebertragung (738). 3. Beendigung (739). Beendigungsgründe (739). Löschung (739). Löschung auf Antrag des Berechtigten (740). Löschung von Amtswegen (740). Löschung auf Antrag eines Dritten (740). 4. Inhalt (740). 5. Schutz (741). 6. Ausländische Gewerbebetriebe (742). Schutz gegen das Ausland (743). V. Namen als Zeichen (744). 1. Personennamen (744). 2. Sachnamen (745). VI. Sonstige Warenbezeichnungen (745). 1. Besondere Ausstattung (746). 2. Bezeichnung mit öffentlichen Wappen oder Orts- oder Gemeindenamen (746). 3. Warenbezeichnungen, die des besonderen gesetzlichen Schutzes entbehren (747) 726

Dritter Titel.

Urheberrechte.

§ 85. Das Urheberrecht überhaupt. I. Begriff (748). Namen (750). II. Geschichte (750). Ursprung (750). Privilegienwesen (751). Nach-
(Die in Klammer beigefügten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

- druckverbote (751). Ausbildung der Idee des geistigen Eigenthums (752). Durchbruch der Idee des Urheberrechts (753). Die neuere Gesetzgebung (753). In Deutschland (754). Internationale Verträge (754). Grundrichtung der Urheberrechtsgesetzgebung (755). Gegenströmungen (755). III. Wesen (756). 1. Theorien, die ein subjectives Privatrecht leugnen (756). 2. Monopolrechtstheorien (757). 3. Verlagsrechtstheorien (758). 4. Theorie des geistigen Eigenthums (760). 5. Immaterialgüterrechtstheorien (761). 6. Theorien, die das Urheberrecht in zwei ungleichartige Rechte zerlegen (762). 7. Theorie des aus geistiger Schöpfung fließenden Persönlichkeitsrechtes (764). Bewährung dieser Theorie an den Sätzen des geltenden Rechts (765). a. Ueber Begründung des Urheberrechts (766). b. Ueber seinen Inhalt (766). c. Ueber seinen Umfang (766). d. Ueber seine Uebertragung (767) e. Ueber seine Beendigung (768). IV. Arten (768). 1. Das litterarische und künstlerische Urheberrecht (768). 2. Die gewerblichen Urheberrechte (769) 748
- § 86. Begründung des litterarischen und künstlerischen Urheberrechts. I. Objektive Voraussetzungen (769). Erforderlich das äußere Dasein eines geeigneten Geisteswerkes (769). 1. Schriftwerke (769). Sprachform (769). Aeufserliche Fixirung (769). Merkmale des Geisteswerkes (770). Sprachliche Aeufserungen, die keine Schriftwerke sind (771). Bearbeitungen, Kommentare und Sammelwerke (771). Uebersetzungen (772). Briefe (772). Veröffentlichungen in Zeitungen und Zeitschriften (772). Oeffentliche Reden (773). Emanationen des öffentlichen Geistes (773). 2. Wissenschaftliche und technische Abbildungen (774). 3. Tonkunstwerke (774). Verbindung mit Werken der Dichtkunst (775). 4. Pantomimen und Ballets (775). 5. Werke der bildenden Kunst (775). Künstlerischer Gedankeninhalt in Bildform (776). Merkmale des Geisteswerkes (776). Anlehnung an vorhandene Schöpfung (777). Werke der nachbildenden Künste (777). Oeffentlich aufgestellte Werke (778). Verbindung mit Schriftwerken (778). II. Subjective Voraussetzungen (778). 1. Entstehung in der Person des Schöpfers (778). a. Gehülfe (779). b. Besteller (779). Abgeleitetes Urheberrecht des Bestellers (779). c. Herausgeber (780). Herausgeber als Urheber (780). d. Eigenthümer der das Geisteswerk verkörpernden Sache (781). 2. Urheberrechte von Verbandspersonen (781). 3. Gemeinschaftliche Urheberrechte (782). a. Miturheberrecht (782). b. Sonderurheberrechte an Theilen und Miturheberrecht am Ganzen (783). c. Sonderurheberrechte an Theilen und Sonderurheberrecht am Ganzen (784). 4. Benannte und unbenannte (anonyme oder pseudonyme) Werke (784). 5. Legitimation zur Geltendmachung (785). a. Bei benannten Werken (785). b. Bei unbenannten Werken (786). 6. Einfluß der Staatsangehörigkeit (786). III. Begründungsakt (787). Unmittelbare Wirkung der geistigen Schöpfungsthat (787). Abhängigkeit einzelner Wirkungen von besonderen Rechtshandlungen (787). Vorbehalt (787). Nennung des wahren Namens (787). Eintragsrolle (788). Privilegien (788) 769
- § 87. Inhalt und Umfang des litterarischen und künstlerischen Urheberrechts. I. Im Allgemeinen (788). 1. In objektiver Hinsicht (788). 2. In subjectiver Hinsicht (789). II. Veröffentlichung (789).
- (Die in Klammer beigefügten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

1. Entscheidung über das Ob der Veröffentlichung (790). a. Veröffentlichung durch Herausgabe (790). b. Veröffentlichung durch Vortrag oder Aufführung (791). c. Veröffentlichung durch öffentliche Ausstellung (791). 2. Entscheidung über das Wann der Veröffentlichung (792). 3. Entscheidung über das Wie der Veröffentlichung (792). III. Wiedergabe (792). 1. Mechanische Vervielfältigung (792). Vervielfältigung in anderer sinnlicher Form (793). Theilweise Wiedergabe (794). Entlehnungsfreiheit (794). Wiedergabe in anderer Verbindung (795). Veränderte Wiedergabe (795). Grenzen der erlaubten Benutzung (795). 2. Uebersetzung (797). 3. Oeffentliche Aufführung (798). Oeffentlichkeit (798). Theilweise Aufführung (799). Aufführung in veränderter Gestalt (799). Aufführung und Vortrag (799). 4. Nachbildung von Kunstwerken (800). Durch anderes Verfahren (801). Mittelbar (801). Einzelkopie (801). Partiell (801). In Schriftwerken (802). An Werken der Baukunst (802). An gewerblichen Erzeugnissen (802). In anderer Kunstgattung (802). Mit Veränderungen (803). IV. Verbreitung (803). Das selbständige Verbreitungsrecht (804)	788
§ 88. Uebertragung des litterarischen und künstlerischen Urheberrechts. I. Ueberhaupt (805). II. Veräußerung (805). Uebertragungsgeschäfte (805). Form (805). Uebertragung künftiger Urheberrechte (806). Translative und konstitutive Uebertragung (806). Absolute und relative aus dem Urheberrecht abgeleitete Rechte (807). Weitere Uebertragung von übertragenem Urheberrecht (808). Verhältniß der weggegebenen urheberrechtlichen Befugnisse zum ursprünglichen Urheberrecht (809). Stellung des Urhebers gegenüber dem übertragenen Urheberrecht (810). Wirksamkeit der abgeleiteten Rechte gegen Dritte (810). III. Vererbung (811). IV. Ungewollter Uebergang (812). Das Urheberrecht in ehelicher Gütergemeinschaft (813). Vormundschaftliche Verfügung über Urheberrecht (813). Pfändung des Urheberrechts und Beschlagnahme des Urheberrechts durch die Konkursgläubiger (813) .	805
§ 89. Schutz des litterarischen und künstlerischen Urheberrechts. I. Ueberhaupt (815). II. Besondere Urheberrechtsdelikte (815). 1. Nachdruck (815). 2. Unbefugte öffentliche Aufführung (816). 3. Verbotene Nachbildung (816). 4. Unbefugte gewerbemäßige Verbreitung (816). 5. Unterlassung vorgeschriebener Quellenangabe (816). III. Rechtsfolgen der Urheberrechtsdelikte (816). 1. Drei Arten von Rechtsfolgen (816). a. Oeffentliche Strafe (816). b. Entschädigung oder Buße (817). c. Einziehung (817). 2. Verschulden (818). Rechtsfolgen der schuldlosen Urheberrechtsverletzung (818). 3. Thäter (819). 4. Versuch (819). IV. Verfahren (820). V. Sachverständigenvereine (820). VI. Verjährung (821)	815
§ 90. Beendigung des litterarischen und künstlerischen Urheberrechts. I. Zeitablauf (821). 1. Regelmäßige Dauer (821). 2. Verkürzte Dauer (823). 3. Verkürzte Dauer einzelner Befugnisse (823). 4. Gesetzliche Abänderung der Dauer (824). II. Sonstige Erlöschungsgründe (825)	821
§ 91. Das photographische Urheberrecht. I. Ueberhaupt (826). II. Begründung (827). 1. Objektive Voraussetzungen (827). 2. Subjektive Voraussetzungen (828). 3. Begründungsakt (828). III. Inhalt	

(Die in Klammer beigefügten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

	Seite
und Umfang (829). IV. Uebertragung (829). V. Schutz (829). VI. Beendigung (830)	826
§ 92. Das kunstgewerbliche Urheberrecht. I. Ueberhaupt (831). II. Begründung (832). 1. Objektive Voraussetzungen (832). a. Neuheit (832). b. Eigenthümlichkeit (832). c. Geschmacksmuster (833). 2. Subjektive Voraussetzungen (833). a. Urheberrecht des Geschäftsherrn (833). b. Vermuthung für Urheberschaft (834). c. Ausländische Urheberrechte (834). 3. Begründungsakt (835). Musterregister (835). Anmeldung und Niederlegung (836). Wirkung (836). III. Inhalt und Umfang (837). IV. Uebertragung (838). V. Schutz (838). VI. Beendigung (839) . .	831
§ 98. Das Urheberrecht an Gebrauchsmustern. I. Ueberhaupt (840). Das Gebrauchsmusterrecht als gewerbliches Urheberrecht (840). II. Begründung (841). 1. Objektive Voraussetzungen (841). Aeußeres Dasein eines Modells (841). Nützlichkeitsform (841). Neuheit (842). 2. Subjektive Voraussetzungen (842). 3. Begründungsakt (843). Rolle für Gebrauchsmuster (843). a. Schöpfungsthat (844). b. Anmeldung (845). c. Eintragung (845). III. Inhalt und Umfang (845). 1. Veröffentlichung (845). 2. Wiedergabe (846). 3. Verbreitung (846). 4. Gebrauch (846). IV. Uebertragung (846). V. Schutz (847). VI. Beendigung (848) . .	840

Vierter Titel.

Das Erfinderrecht.

§ 94. Das Erfinderrecht überhaupt. I. Begriff (848). II. Geschichte (849). Mittelalter (849). Privilegienwesen (850). Durchbruch des Erfinderrechts (850). Patentgesetze (851). Antipatentbewegung (852). Deutsche Gesetzgebung (852). Ausländische Gesetze (853). Internationale Verträge (853). III. Wesen (854). Verhältniß zum Urheberrecht (854). Der Gegenstand des Erfinderrechts ist eine Idee als solche (854). Das Erfinderrecht ist ein aus geistiger Schöpfung fließendes Persönlichkeitsrecht (856). Bedeutung der staatlichen Mitwirkung bei seiner Begründung (857). Gewerberechtliche Ausgestaltung (858). Vermögensrechtliche Ausprägung (858). Oeffentlichrechtliche Beziehungen (860)	848
§ 95. Begründung des Erfinderrechts. I. Ueberhaupt (861). Stellung des Patentamtes (861). Prüfungs- und Aufgebotsverfahren (862). II. Objektive Voraussetzungen (863). 1. Erfindung (863). 2. Neuheit (864). 3. Gewerbliche Verwerthbarkeit (865). 4. Aeußeres Dasein der Erfindung (865). 5. Arten der Erfindung (865). Körperliche Gegenstände als Gegenstände einer Erfindung (865). Verfahren als Gegenstand (866). 6. Patentunfähige Erfindungen (866). 7. Gesammterfindungen (867). 8. Abhängige Erfindungen (868). Zusatzpatente und Verbesserungspatente (868). III. Subjektive Voraussetzungen (869). 1. Entstehung in der Person des Schöpfers (869). Rechte des Geschäftsherrn (869). 2. Das Recht des ersten Anmelders (870). a. Prioritätsrecht (870). b. Legitimation (871). 3. Ausländer (872). IV. Begründungsakt (872). 1. Schöpfungsthat (872). Wirkungen (873). a. Veröffentlichungsrecht (873). b. Benutzungsrecht (873). c. Recht auf Anerkennung und Nichtanmaßung durch Andere (873). 2. Anmeldung (874). Wirkungen (874).	

(Die in Klammer beigefügten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

	Seite
3. Patentertheilung (875). a. Vorprüfung (875). b. Prüfung (876). c. Aufgebotsverfahren (876). d. Ertheilung des Patents (877). e. Wirkung der Patentertheilung (878). f. Nichtigte Patente (879). Das Scheinrecht (879). Die Nichtigkeitserklärung (880)	861
§ 96. Inhalt und Umfang des Erfinderrechts. I. Ueberhaupt (881). II. Das ausschließliche Benutzungsrecht (882). 1. Herstellung (882). 2. Verbreitung (883). 3. Gebrauch (883). III. Einschränkungen (883). Schranken des Benutzungsrechtes (883). Schranken des Untersagungsrechtes (884). 1. Das Recht des Vorbenutzers (884). 2. Zwangsenteignung (885). 3. Fremde Fahrzeuge (885). IV. Pflichten (885). 1. Gebührenpflicht (886). 2. Ausführungspflicht (886). 3. Lizenzpflicht (887)	881
§ 97. Uebertragung des Erfinderrechts. I. Ueberhaupt (887). II. Veräußerung (888). 1. Translative (888). 2. Konstitutive (889). a. Abgeleitete absolute Rechte (889). b. Abgeleitete relative Rechte (890). Das Lizenzrecht (890). III. Vererbung (891). IV. Ungewollter Uebergang (892)	887
§ 98. Schutz des Erfinderrechts. I. Ueberhaupt (892). II. Besondere Patentverletzungen (893). Verletzter (893). Ansprüche aus Verletzung (894). III. Verfahren (894). IV. Verjährung (894). V. Patentberührung (895)	892
§ 99. Beendigung des Erfinderrechts. I. Zeitablauf (895). II. Sonstige Beendigungsgründe (896). Verzicht (896). Verwirkung durch Versäumnifs der Gebührenzahlung (896). Zurücknahme des Patents (896). III. Rechtsfolgen der Beendigung (897)	895

(Die in Klammer beigefügten Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

Abkürzungen.

Die Abkürzungen in den Citaten sind, soweit sie sich durch das ganze Buch ziehen, aus den Quellen- und Litteraturangaben in den §§ 7—12, im Uebrigen aus den Quellen- und Litteraturangaben zu den einzelnen Paragraphen oder den Anfangsparagraphen der einzelnen Materien zu verstehen. Eine römische Ziffer und eine ihr ohne Komma folgende arabische Ziffer bedeuten stets Band- und Seitenzahl.

Berichtigungen und Nachträge.

Zu S. 8 Text Z. 3 v. u.: l. „rechtliche“ statt „weltliche“.

Zu S. 15 Text Z. 8 v. o.: l. „canonici“ statt „canonis“.

Zu S. 60 Anm. 29: inzwischen ist auch das IV. Buch (Familienrecht) in zweiter Lesung veröffentlicht; Berlin 1894.

- Zu S. 93 Anm. 48: Frankens Buch ist jetzt durch Erscheinen der letzten Lieferung vollendet.
- Zu S. 103 Anm. 116: von dem Buche von Krainz ist 1894 eine zweite Auflage erschienen, die später noch benutzt ist.
- Zu S. 104 Anm. 122: hier fehlt die Angabe der später benutzten stark veränderten 8. Auflage des Zachariaeschen Handbuchs von C. Crome, bisher zwei Bände, 1894.
- Zu S. 104 Anm. 123: vgl. auch die Litteraturnachweise in dem auf S. 173 Anm. 64 zuerst angeführten Werke von C. Crome § 5, sowie in der 8. Aufl. des Handbuchs von Zachariae § 20.
- Zu S. 105 Anm. 1: seither erschien das zuerst S. 379 Anm. 1 zu § 43 angeführte Buch von Thudichum, Geschichte des deutschen Privatrechts, Stuttgart 1894. Leider steht es nicht auf der Höhe seiner Aufgabe.
- Zu S. 131 Anm. 12: von Zorns Staatsrecht ist der erste Band inzwischen in 2. Aufl. erschienen; hier findet sich die angezogene Ausführung auf S. 416.
- Zu S. 138 Anm. 43: in 2. Aufl. Zorn I 418.
- Zu S. 139 Anm. 46: Zachariae 8. Aufl. § 34—37.
- Zu S. 140 Anm. 53 u. 54: vgl. jetzt auch R.Ger. XXXIII Nr. 32.
- Zu S. 162 Anm. 11 Z. 4: hinter dem Citat aus Azo fehlt in sinnverdunkelnder Weise ein Komma.
- Zu S. 172 Anm. 55 a. E.: völlig unrichtig jetzt R.Ger. XXXIII Nr. 41.
- Zu S. 199 Anm. 13 Z. 4: richtig jetzt R.Ger. XXXIII Nr. 47 S. 217 ff.
- Zu S. 226 Anm. 39: vgl. auch L. Donle, Das Fremdenrecht und die Lehre des internationalen Sachenrechts mit Berücksichtigung der geltenden Kodifikationen, Arch. f. öff. R. VIII 249 ff. und 513 ff.
- Zu S. 230 Text Z. 7 v. o.: hinter dem Worte „Recht“ fehlen die Worte „des Ortes“.
- Zu S. 261 Text Z. 10 v. o.: l. „mittelbar“ statt „unmittelbar“.
- Zu S. 297 Anm. 58 letzte Zeile: l. „§ 80^a V“ statt „§ 81 V“.
- Zu S. 311 Anm. 13: vgl. jetzt W. Immerwahr, Die Verschweigung im deutschen Recht, Heft 48 der Unters. z. D. St. u. R. Gesch., Breslau 1895.
- Zu S. 322 Anm. 15 Z. 2: l. „mindere“ statt „niedere“.
- Zu S. 337 Anm. 11: der Genauigkeit wegen ist hier hinzuzufügen, dafs Entw. II § 192 im Gegensatz zu Entw. I § 187 die Selbsthülfe der bezeichneten Art auch bei selbstverschuldeter Gefahr als „nicht widerrechtliche“ Handlung qualifiziren und nur in diesem Falle dem Handelnden eine Schadensersatzpflicht auferlegen will.
- Zu S. 351 Text Z. 3 v. u.: l. „aufsergerichtliche“ statt „aufsergewöhnliche“.
- Zu S. 375 Anm. 66 a. E.: vgl. jetzt Entw. II § 1215 Abs. 2.
- Zu S. 379 Anm. 92: Entw. I § 1464 ist durch Entw. II § 1482—1484 stark abgeändert. Die neue Ehe soll nur nichtig sein, wenn beide Ehegatten bei der Eheschließung wußten, dafs der für todt Erklärte noch lebte. Allein jeder Ehegatte der neuen Ehe soll, falls er nicht in bösem Glauben war, diese Ehe, wenn der für todt Erklärte noch lebt, binnen sechs Monaten nach empfangener Kunde anfechten können. Der anfechtende Ehegatte soll jedoch dem anderen Ehegatten, falls dieser

nicht etwa in bösem Glauben war, in gleicher Weise Unterhalt schulden, wie bei der Ehescheidung der schuldige Theil dem unschuldigen Theil. — Eine schwerlich glückliche Neuerung!

- Zu S. 391 Anm. 10 vorletzte Zeile: Entw. II § 1722 läßt die Bestellung eines Vormundes auch wegen anderer körperlicher Gebrechen zu.
- Zu S. 391 Anm. 12 a. E.: Entw. II § 88 hat laut der Mittheilung hinter der amtlichen Ausgabe des Familienrechtes zweiter Lesung S. 563 Nr. 6 später eine andere Fassung erhalten, nach der die Beschränkung der Handlungsfähigkeit der wegen körperlicher Gebrechen Bevormundeten wegfällt.
- Zu S. 392 Anm. 19 a. E.: nachträglich ist in Entw. II § 14 unter Z. 1a eine Vorschrift, durch die eine Entmündigung wegen Geistesschwäche zugelassen wird, eingeschoben und durch die neue Fassung des § 88 der wegen Geistesschwäche Entmündigte dem Minderjährigen über sieben Jahre gleichgestellt worden; Familienrecht 2. Lesung S. 563 Nr. 4 u. 6.
- Zu S. 422 Text Z. 9 v. o.: l. „Sonderehre“ statt „Sonderrechtsehre“.
- Zu S. 429 Anm. 16 Z. 2: der § 1249 Abs. 2 des Entw. I kehrt jetzt in Entw. II als § 1227 Abs. 2 wieder.
- Zu S. 480 Text Z. 5 v. u.: l. „unterstellte“ statt „untersellte“.
- Zu S. 493 Anm. 7 Z. 8: über die Nichtigkeit einer statutarischen Bestimmung, die für den Fall des Austrittes als einer eingetragenen Genossenschaft ein Austrittsgeld festsetzt, vgl. R.Ger. XXXIII Nr. 16.
- Zu S. 538 Anm. 20 Z. 5: durchaus zutreffend ist ein solches Sonderrecht auf Beibehaltung der Mitgliedschaft nach Maßgabe der bisherigen Satzungen in einem Unterstützungsverein vom R.Ger. in dem Bd. XXXIII Nr. 38 entschiedenen Falle angenommen.
- Zu S. 540 Anm. 33 vorletzte Zeile: l. „Rentenbezugsrechten“ statt „Rentenbezugsrenten“.
- Zu S. 541 Anm. 37: nach dem, was S. 716 über die Natur der Bannrechte gesagt ist, gehört das letzte Citat nicht in diese Anm., sondern in Anm. 28.
- Zu S. 606 Anm. 18 Z. 6: unrichtig jetzt auch R.Ger. XXXIII Nr. 41.
- Zu S. 630 Anm. 24 a. E.: sehr entschieden spricht sich auch das R.Ger. XXXIII Nr. 38 (bes. S. 179) für die Anwendung des Körperschaftsrechtes auf einen korporativ organisirten Verein aus.
- Zu S. 666 Anm. 13: vgl. jetzt auch P. Rehme, Die Lübecker Handelsgesellschaften in der ersten Hälfte des 14. Jahrh., Z. f. H.R. XLII 367 ff., wo sich S. 373, 376 ff. u. 392 ff. Beiträge zur Geschichte der offenen Handelsgesellschaft finden. (Hauptsächlich wichtig ist dieser Aufsatz für die Geschichte der Kommanditgesellschaft und der stillen Gesellschaft, als deren Vorläuferinnen zwei verschiedene Formen kapitalistischer Vergesellschaftung für Handelszwecke aus lübischen Stadtbucheintragen nachgewiesen werden.)
- Zu S. 738 Anm. 69 Z. 2: l. „eingetragen“ statt „übertragen“.
- Zu S. 771 Anm. 9 a. E.: gemeint ist Oesterr. Entw. II: im Entw. I entspricht § 3 Abs. 2.

- Zu S. 842 Anm. 9: über Verlust der Neuheit durch offenes Feilhalten vgl. R.Ger. XXXIII Nr. 33.
- Zu S. 868 Anm. 37 u. S. 879 Anm. 92: dafs das Patentamt durch § 3 des R.Ges. v. 7. Juni 1893 nicht zuständig geworden ist, die Abhängigkeit eines Patentbesitzes sei es im Ertheilungsverfahren sei es im Nichtigkeitsverfahren festzustellen, hat jetzt auch das R.Ger. XXXIII Nr. 32 in ausführlicher Begründung dargethan.
- Zu S. 888 Text Z. 13 v. o.: l. „Entgemeinschaftung“ statt „Entgemeinschaft“.
-

Erstes Buch.

Allgemeiner Theil.

Erster Abschnitt.

Einleitung.

Erstes Kapitel.

Geschichte des Deutschen Privatrechts.

§ 1. Die Zeit der rein nationalen Rechtsbildung.

I. Urzeit. Bei seinem Eintritt in die Geschichte entbehrte das deutsche Volk, wie der äußeren Einheit des Staates, so der äußeren Einheit des Rechtes. In unserer Urzeit giebt es daher kein gemeinsames deutsches Privatrecht. Jede einzelne Völkerschaft hat als unabhängiges Gemeinwesen auch ihr besonderes Recht, das sie in unmittelbarer Lebensgemeinschaft erzeugt und fortbildet, hütet und durchsetzt. Die Ueberlieferung ist mündlich. Feierliche Worte, Formen und Sinnbilder, die das Rechtsleben zwingend beherrschen, unterstützen das Gedächtniß. Durch die genossenschaftliche Verfassung, die alle freien wehrhaften Männer zur Theilnahme an den Gerichtsversammlungen beruft, ist dafür gesorgt, daß das Recht im Bewußtsein Aller lebendig bleibt.

Schon aber giebt es, wiewohl kein gemeinsames, doch ein deutsches Privatrecht. Denn es giebt ein deutsches Volksthum, das sich im Recht wie in Sprache und Sitte, Glaube und Sittlichkeit offenbart. Während längst die Besonderung der arischen Völker so weit gediehen ist, daß zwischen dem germanischen Rechte und den übrigen arischen Rechten zwar noch Verwandtschaft, aber nicht mehr Einheit besteht, weist das germanische Recht in den Grundzügen noch eine weitgehende Uebereinstimmung auf. Und innerhalb des germanischen

Rechtes haben jedenfalls die Rechte der westgermanischen Völkernschaften, die zur Bildung des deutschen Volkes berufen waren, bei ihrer Verzweigung so viel innere Einheit bewahrt, daß sie sich von einander nur wie Mundarten Einer Sprache scheiden.

II. Fränkische Zeit. Mit der Völkerwanderung, der Konsolidation der Stämme, der Gründung größerer Staaten, der Annahme des Christenthums, der Wandlung aller Kulturverhältnisse und der endlichen Zusammenfassung der deutschen Stämme in dem zum Weltreich emporsteigenden fränkischen Reiche vollzog sich eine zwifache Veränderung.

1. Es kommt zur Aufzeichnung der Stammesrechte in Gesetzesfassung. Ursprünglich fast nur das althergebrachte Gewohnheitsrecht in Schriftform gießend, mehr und mehr aber auch mit Bewußtsein neues Recht setzend, bilden diese „Volksrechte“ oder „leges barbarorum“ trotz ihrer Unvollständigkeit ein kräftiges Bindemittel der stammesthümlichen Rechtsentwicklung.

Freilich fehlt es nicht an Rechtsverschiedenheiten innerhalb der einzelnen Stammesrechte. Die Volksrechte selbst erwähnen zum Theil den Fortbestand eigenartiger Rechtssätze bei ehemaligen Völkernschaften, die sich als Unterabtheilungen großer Stämme erhalten haben. So unterscheidet die *lex Saxonum* zwischen dem Recht der Westfalen, Engern und Ostfalen; die *lex Frisionum* weist auf Partikularrechte hin; die *ewa Chamavorum* verzeichnet die Abweichungen des Rechtes der Chamaver vom Rechte der übrigen Franken. Sicherlich gieng im Leben die Rechtsbesonderung sehr viel weiter und setzte sich nach unten hin bis in die engsten Verbände fort. Allein das Uebergewicht war auf Seiten der Einheit des Stammesrechtes.

Mit dem Range eines Stammesrechtes trat da, wo auf dem Boden des zerschlagenen Römerreichs eine freie romanische Bevölkerung dem neuen Staate eingefügt war, den germanischen Rechten das römische Recht zur Seite. Volksthümlich umgebildet und dialektisch verschoben, wurde es zum Theil ebenfalls in Gesetzesfassung gebracht.

2. Ueber den Stammesrechten erhebt sich nunmehr ein Reichsrecht, das als gemeines Recht alle Reichsangehörigen bindet. In den Kapitularien der fränkischen Könige wird daher zum ersten Male ein einheitliches Recht der Deutschen geschaffen.

Indefs ward gerade das Privatrecht hiervon nur mittelbar berührt. Da die königliche Verordnungsgewalt am Volksrechte ihre Schranke fand, das Privatrecht aber den Kern des Volksrechts bildete, griffen die Kapitularien auf diesem Gebiete kaum hier und da uniformirend ein. Immerhin konnte die Reichsgesetzgebung mit der Fülle ihrer

grundlegenden Schöpfungen im Verfassungs- und Verwaltungsrecht, im Kirchenrecht, im Prozeßrecht und im Strafrecht auch auf das Privatrecht nicht ohne Einwirkung bleiben.

Soweit das Königsrecht auf Stammesrecht fußte, ging es begreiflicher Weise im fränkischen Reiche vom fränkischen Stammesrechte aus. Auf diesem Wege sind fränkische Institutionen verallgemeinert worden. Im Uebrigen ward durch die fränkische Vorherrschaft die Selbständigkeit der übrigen Stammesrechte keineswegs gebrochen¹.

III. Zeit des deutschen Mittelalters. Mit dem Zerfalle der karolingischen Monarchie und der Ausbildung des ostfränkischen Reichs zum deutschen Reiche sonderte sich für immer das deutsche Recht von den anderen germanischen und halbgermanischen Rechten. Dem nationalen Wesen des neuen Staats entsprach ein geschlossenes nationales Gepräge des in ihm geltenden Rechts. In der Idee verstärkt sich demgemäß die Rechtseinheit. Aber auch nur in der Idee! Denn thatsächlich sich durchzusetzen, ist sie nicht gerüset. Wie durchweg jene an der erlöschenden Sonne des Alterthums entzündeten Gedanken, die für uns dem fränkischen Zeitalter moderne Züge leihen, nunmehr dem Geiste des echten Mittelalters weichen, gleich als müsse auch der letzte Schimmer des Abendroths verbleichen, damit der neue Tag in frischer Herrlichkeit geboren werden könne, so steigt auch im Rechtsleben die bewulste gesetzgeberische Thätigkeit von der bereits errungenen Höhe wiederum herab. Von Neuem übernimmt das Gewohnheitsrecht die Führung. Das Gewohnheitsrecht aber strebt der Besonderung zu. Als dann das Gesetz wieder kräftiger wird, ist der nationale Staat schon zu sehr geschwächt, um seine Gesetzgebungsgewalt für die Herstellung der Rechtseinheit zu verwenden.

1. So giebt es zwar im ganzen Mittelalter ein gemeines deutsches Recht. Allein der hervorragenden Rolle, die dieses „jus commune“, „riches recht“, „kaiserrecht“ in den Köpfen der Menschen spielt, entspricht wenig die Wirklichkeit. Es fließt aus Reichsgesetzen und gemeiner Gewohnheit. Aber die Reichsgesetze, ohnehin spärlich, berühren selten das Privatrecht. Und die gemeine Gewohnheit ist unsicher, unterliegt örtlich verschiedener Deutung und

¹ Das Gegentheil behauptet Sohm, Fränkisches und römisches Recht, Z. f. R.G. XIV (1880) S. 1 ff.: das salische Recht habe die anderen Stammesrechte aufgezehrt, nicht römisches und germanisches, sondern römisches und fränkisches Recht seien die beiden mit einander ringenden Weltrechte. Vgl. aber Stobbe, D.P.R. I (3. Aufl.) 4 A. 6; Heusler, Inst. I 20 ff.; Brunner, R.G. I 257 ff.; Schröder, R.G. (2. Aufl.) § 52 A. 13.